

# 1863 bis 2013: 150 Jahre SPD im Südwesten

## *Ein Redevorschlag<sup>1</sup>*

### **Inhaltsverzeichnis**

1863 bis 2013: 150 Jahre SPD im Südwesten.....	1
I. Wie es anfing.....	1
II. Nach 1871: Erfolge in schweren Zeiten.....	2
III. Von Weimar zu Verfolgung und Widerstand .....	5
IV. Nach 1945: Zum Wiederaufbau beitragen.....	7
V. Stark im Programm .....	9

### **I. Wie es anfing**

Wir Sozialdemokraten feiern in diesem Jahr 2013 unser 150-jähriges Bestehen. Der 23. Mai 1863, als Ferdinand Lassalle in Leipzig den „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ (ADAV) ins Leben rief, gilt als Geburtsstunde der deutschen Sozialdemokratie.

Eine 150 Jahre alte Tradition: Das kann keine andere Partei in Deutschland vorweisen! Das ist bereits ein Alleinstellungsmerkmal. Aber es ist nicht das einzige. Wenigstens an drei weitere ist zu erinnern, wenn man über Geschichte und Charakter der SPD spricht:

- Lassalles ADAV-Gründung war keine Retortengeburt. Die Parteibildung war die Konsequenz aus den Erfahrungen der europäischen Arbeiterbewegung mit Frühkapitalismus und Industrialisierung. Und sie verband sich mit den Zielen und Idealen des Vormärz und der bürgerlichen 48er-Revolution. Diese reiche Vorgeschichte hat bis heute prägende Wirkung auf die SPD.
- Wie keine andere Partei fühlt sich die SPD ihren Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verpflichtet. Auch hier besteht eine geschichtliche Kontinuität: Der Zusammenhang mit der Werte-Trias der Französischen Revolution aus Liberté, Egalité und Fraternité – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – ist unübersehbar. Immer wieder überprüfen Sozialdemokraten ihr praktisches politisches Handeln an ihren drei verbindlichen Grundwerten.
- Und die SPD stellt als einzige deutsche Partei – in jeder Generation neu - über die intensive Arbeit an Grundsatzprogrammen ihre politischen Aussagen in den Kontext einer aktuellen Bestandsaufnahme politischer und sozialer Entwicklungen sowie neuer nationaler und globaler Herausforderungen. Das ist eine beeindruckende Abfolge von bisher sieben solcher programmatischer Marksteine:
  - Eisenach 1869

---

<sup>1</sup> Anmerkung: Für diesen Redetext, vorgelegt zum Heilbronner Parteitag am 2.3.2013, trägt der Autor die alleinige Verantwortung. Er wird angeboten als Grundlage für Reden bei 150-Jahr-Feiern und anderen Gedenkveranstaltungen in den Gliederungen und befindet sich zum Herunterladen auch auf der Website der Historischen Kommission: <http://150.spd-bw.de>. Besonders hingewiesen wird auf die neue ausführliche Darstellung „Avantgarde und Volkspartei. Die Sozialdemokratie im deutschen Südwesten von ihren Anfängen bis heute.“, die seit März 2013 vorliegt und zur weiteren Vertiefung mit dem Thema 150 Jahre SPD im Südwesten herangezogen werden kann.

- Gotha 1875
- Erfurt 1891
- Heidelberg 1925
- Godesberg 1959
- Berlin 1989
- Hamburg 2007

Das Grundsatzprogramm von Gotha kam noch mit zwei Schreibmaschinenseiten aus, Godesberg benötigte schon 14, Hamburg dann 79 Druckseiten. Aber immer geht es um den Versuch einer Selbstvergewisserung: Was bedeuten die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität heute, welches politische Programm auf der Höhe der Zeit leitet sich aus diesen Grundwerten für die aktuelle politische Arbeit ab?

Was die Vorgeschichte angeht, spielte der Südwesten Deutschlands eine besondere Rolle. Hier kamen die radikaldemokratischen Anführer der 48er Revolution her, wie die beiden Mannheimer Rechtsanwälte Gustav Struve und Friedrich Hecker, die sich später selbst als „sociale Demokraten“ bezeichneten. Hier können sich die liberalen und radikalen Bürgerlichen an ein Netz von Arbeitervereinen als Mitstreiter wenden. Und im Offenburger Gasthaus „Salmen“ kommt es am 12. September 1847 zur ersten politischen Versammlung in der deutschen Geschichte: 900 Männer und Frauen fordern Versammlungs-, Rede- und Preßfreiheit, soziale Verbesserungen und die „Abschaffung aller Vorrechte“. Als es über den Weg des Frankfurter Vorparlaments nicht voran geht, proben Hecker und Struve mit ihren Anhängern gleich mehrfach den bewaffneten Aufstand. Der wird aber niederkartätscht, die Anführer müssen ins Ausland fliehen, und im Juli 1849 beenden preußische Truppen mit der Einnahme der Festung Rastatt auf blutige Weise die Badische Revolution. Es folgt ein Jahrzehnt der Restauration und der Revoluzzerverfolgung.

Das Volk besingt aber die Helden des Aufstandes, die freiheitlichen Ideen des Vormärz und der 48er bleiben lebendig und finden ihren Weg in die sozialdemokratische politische Kultur, die Arbeitervereine widmen sich erlaubter Tätigkeit in Kultur, Bildung und Sport, um sich schon Ende der 50er Jahre wieder zu repolitisieren und schließlich den Schritt zur Parteibildung zu vollziehen. Im historischen Bewusstsein der SPD leben die mutigen Bürger, Bauern und Arbeiter der Badischen 48er-Bewegung mit ihren frühen Freiheitsforderungen fort und werden von uns in Ehren gehalten. Sie bilden die unmittelbare zeitliche wie programmatische Vorgeschichte der SPD.

Kommen wir noch einmal auf Lassalles ADAV-Gründung am 23. Mai 1863 in Leipzig zurück. Ganz ohne einen Beitrag des Südwestens sollte sich das nicht vollziehen: Der aus Stuttgart stammende Dichter Georg Herwegh steuerte das sogenannte „Bundeslied“ für die neue Partei bei. Die Zeilen „Mann der Arbeit, aufgewacht! Und erkenne deine Macht! Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will“ hat wohl jeder von uns schon einmal gehört.

Und auch bei der Gründung der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands“ (SDAP), der Konkurrenzveranstaltung zum ADAV, im Sommer 1869 durch August Bebel und Wilhelm Liebknecht steht mit dem aus Esslingen stammenden Tuchmacher Julius Motteler ein Württemberger mit an der Wiege. Schon fünf Jahre später wird er die SDAP im Reichstag vertreten. Es dauert aber einige Zeit, bis die sozialdemokratische Bewegung im Südwesten richtig Fuß fasst. Erste politische Erfolge stellen sich erst ein, als sich „Lassalleaner“ und „Eisenacher“, also ADAV und SDAP, auf dem Gothaer Einigungsparteitag im Mai 1875 zur „Sozialistischen Arbeiterpartei“ (SAP) zusammenschlossen. Das hängt auch damit zusammen, dass in den 70er Jahren die Industrialisierung mit allen ihren Folgewirkungen auch im deutschen Südwesten große Schritte nach vorne macht.

## II. Nach 1871: Erfolge in schweren Zeiten

In der Zeit des Kaiserreichs verbinden sich mit der Entwicklung der SPD zwei spannungsreiche Gegensätze. In der Gesellschaftstheorie und Programmatik erleben wir innerhalb der Partei eine Radikalisierung, angefeuert durch den Einfluss marxistischen Gedankenguts. In der politischen Praxis, auf kommunaler Ebene, in den Landesparlamenten und im Reichstag verfolgen Sozialdemokraten dagegen eine an konkreten Fortschritten orientierte Reformarbeit. Das Ideal einer neuen klassenlosen und gerechten Gesellschaft bleibt bestehen, soll der schrittweisen Veränderung der real existierenden Verhältnisse aber nicht im Wege stehen. Karl Kautsky stellte dazu einmal fest, die Sozialdemokratie sei eine „revolutionäre, doch keine Revolution machende“ Partei. Soweit der erste Spannungsbogen.

Der zweite ergibt sich aus der Reaktion des wilhelminischen Obrigkeitsstaats auf die Sozialdemokratie, die trotz ihrer faktischen Reformorientierung als gefährlicher Feind bekämpft, illegalisiert und unterdrückt wird. Das verlangsamt zwar die Erfolgsgeschichte der SPD, kann aber letztlich nicht verhindern, dass sie am Ende zur größten Partei im Lande wird und dabei auch stetig an Zustimmung bei den Wahlen gewinnt.

Direkt nach dem Einigungsparteitag von 1875 in Gotha hatten etwa 38.000 Genossen das SPD-Parteibuch, 1890 waren es schon 100.000, zu Beginn des Weltkriegs 1914 aber 1,1 Millionen. Bei den Reichstagswahlen wurden aus 500 000 Stimmen im Jahr 1877 (9,1%) über 1,4 Millionen (19,7%) im Jahr 1890 und stolze 4,25 Millionen im Jahr 1912, was 34,8 Prozent der Wählerstimmen entsprach.

Und das, obwohl Reichskanzler Otto von Bismarck einen geradezu wütenden Kampf gegen die SPD führte, besonders wirksam mit dem „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“, besser bekannt als „Sozialistengesetz“, das der Partei zwischen 1878 und 1890 praktisch jede Tätigkeit verbot, außer sich zur Wahl zu stellen.

Betroffen von den Verboten war auch die gesamte Parteipresse. Aber die Sozialdemokraten finden Wege, diese Verbote zu umgehen und doch zu den für den politischen Kampf unverzichtbaren Flugschriften zu kommen. Und hier stoßen wir einmal mehr auf wichtige Aktivisten aus dem Südwesten. Der Offenburger Schuhmacher Joseph Belli schmuggelt auf abenteuerlichen Wegen das Parteiorgan „Der Sozialdemokrat“ und andere gedruckte Konterbande aus der Schweiz nach Baden und ins Reich. Der uns schon bekannte Julius Motteler aus Esslingen unterstützt dabei den „Roten Postillon“. Und der aus Hamburg nach Stuttgart ausgewichene Schriftsetzer Johann Heinrich Wilhelm Dietz baut ab 1880 ein ganzes Imperium von SPD-nahen, aber legalen Zeitungen und Zeitschriften auf – darunter das „Schwäbische Wochenblatt“, „Die Neue Welt“, „Die Neue Zeit“ und das äußerst erfolgreiche Satireblatt „Der Wahre Jacob“. Jeder Sozialdemokrat kennt das parteinahe Buchprogramm des noch heute bestehenden, seit der Wiedergründung 1961 in Bonn beheimateten Dietz-Verlages.

Die Ausgrenzungspolitik gegenüber den Sozialdemokraten in der wilhelminischen Zeit begünstigt die Entwicklung von einem ganzen Kosmos von Vorfeld- und Arbeiterkulturorganisationen. Bald werden die Freien Gewerkschaften mehr Mitglieder als die SPD aufweisen und ein eigenständiges Leben führen, ebenso wie das netzwerkartig ausgreifende Genossenschaftswesen. Vor allem in der 90er Jahren sprießen zahlreiche Bildungs-, Freizeit- und Sportvereinigungen aus dem Boden. Als Beispiele seien genannt der Arbeiter-Turn- und Sportbund, der Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität, der Arbeiter-Schwimmbund, der Freie Deutsche Ruderverband, der Deutsche Arbeiter-Sängerbund, Die Naturfreunde und später auch der Arbeiter-Samariter-Bund.

Im Mai 1890 wird zum ersten Mal der Weltfeiertag der Arbeiter begangen, wie es ein Jahr zuvor bei der Gründung der Zweiten Sozialistischen Internationale in Paris beschlossen worden war. Mit der Zeit entwickelt sich der 1. Mai zum wichtigsten Höhepunkt im Jahreszyklus proletarischer Feste

und Manifestationen, was allerdings von vielen Auseinandersetzungen und Konflikten begleitet wurde. Was uns heute selbstverständlich erscheint, dass nämlich der „Tag der Arbeit“ ein willkommener arbeitsfreier Feiertag für alle Beschäftigten ist, musste erst mühsam erkämpft werden.

„Von der Wiege bis zur Bahre“ konnte man in jener Zeit sein Leben mit Gleichgesinnten verbringen, die bewusste Ausgrenzung überwinden, aber natürlich auch Gelegenheiten schaffen, sich ohne großes Risiko politisch auszutauschen. Gerade in diesem Jubiläumsjahr 2013 weht heute durch die eine oder andere Traditionsveranstaltung der SPD noch das Erbe dieser Kulturtradition, manchmal nicht ohne einen nostalgischen Unterton. Im Kaiserreich, wo die feindselige Politik gegenüber den vaterlandslosen Gesellen der SPD auch nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes im Oktober 1890 fort dauerte, hatten diese Arbeiter-Netzwerke, zu denen auch Kranken-, Arbeitslosen- und Sterbekassen gehörten, durchaus eine elementare Funktion der Risikoabsicherung und gelebten Solidarität.

Typisch für den Südwesten war in diesem Kontext die Waldheim-Bewegung. Sie wollte den Arbeitern in der stadtnahen Natur Erholungsmöglichkeiten mitsamt Gastronomie zur Verfügung stellen, und so entstanden in der Region Stuttgart die Waldheime in Heschl (1908) und Sillenbuch (1909). Auffällig gestaltet sich auch der südwestdeutsche Beitrag zur proletarischen Frauenbewegung. Schon im Erfurter SPD-Programm von 1891 finden wir erstmals die Forderung nach einem Frauenwahlrecht. Und bereits ein Jahr später erscheint in Stuttgart „Die Gleichheit“ als erstes sozialdemokratisches Frauenblatt, redigiert von Clara Zetkin, die übrigens in Sillenbuch wohnte. In den frühen Frauengruppen Südwestdeutschlands engagieren sich in Baden besonders die Mannheimerin Therese Blase, in Württemberg die Reutlinger Weberin Laura Schradin. Und es war der Stuttgarter Sozialistenkongress von 1907, in dessen Rahmen zu einer ersten Internationalen Frauenkonferenz eingeladen wurde, während Clara Zetkin auf der zweiten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz in Kopenhagen im Jahr 1910 den Anstoß zum „Internationalen Frauentag“ gibt, den wir ab 1911 alljährlich feiern, heute immer am 8. März.

Im Zentrum der Debatten des Sozialistenkongresses in der Stuttgarter Liederhalle stand aber ein anderes Thema: die schon 1907 allgegenwärtige Kriegsgefahr und die Frage, wie sich die sozialistischen Parteien Europas dazu verhalten sollten. Die Meinungen der französischen und deutschen Genossen, von Jean Jaurès und August Bebel, prallen aufeinander, vor allem im Streit um den revolutionären Massenstreik als Mittel zur Kriegsverhinderung. Die SPD ist skeptisch, hat in ihren Reihen weit mehr Patrioten als die von Wilhelm II. vermuteten „vaterlandslosen Gesellen“, und kann sich einen bewaffneten Kampf zum Beispiel gegen das reaktionäre Zarenreich durchaus vorstellen. Der in den nächsten Jahren wie eine Sturmflut in ganz Europa anschwellende Nationalismus erfasst auch große Teile der Sozialdemokratie. Am Vorabend des Ersten Weltkriegs finden zwar noch „Verständigungskonferenzen“ in der Schweiz statt, als es zum Schwur kommt, stimmt die SPD-Reichstagsfraktion am 4. August 1914 aber geschlossen für die Bewilligung der Kriegskredite.

Hinter dieser „Burgfriedenspolitik“ genannten Entscheidung stehen auch Hoffnungen auf eine politische Rendite für das patriotische Verhalten der SPD, die sich aber nur zum Teil erfüllen. Die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts und der Übergang zu einem parlamentarischen Regierungssystem bleiben ein Traum. Stattdessen zerriß die Burgfriedenspolitik schon bald in folgenschwerer Weise die Partei. Bereits im Dezember 1914 verweigert Karl Liebknecht die nächste Kredittranche und wird aus der Fraktion ausgeschlossen. Im Frühjahr 1917 spaltet sich dann mit der Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD) die deutsche Sozialdemokratie, wenige Monate bevor es nach der Abdankung des Kaisers und der Ausrufung der Republik durch den Sozialdemokraten Philipp Scheidemann am 9. November 1918 heißt, selber Verantwortung zu übernehmen. Der Sozialdemokrat Friedrich Ebert übernimmt den Vorsitz des Rats der Volksbeauftragten, und die Weimarer Nationalversammlung wird den Sattlergesellen am 11.

Februar 1919 zum ersten Reichskanzler der Weimarer Republik wählen.

Auch im Südwesten vollzieht sich der politische Wechsel: In Württemberg wird der Sozialdemokrat Wilhelm Blos erst Ministerpräsident der provisorischen Regierung, dann erster Staatspräsident des Landes, und sein Genosse Anton Geiß parallel dazu erst Ministerpräsident der Vorläufigen Volksregierung Badens und dann erster badischer Staatspräsident. Ein anderer badischer Sozialdemokrat ist nicht mehr dabei: Bis zuletzt hatte sich der Reichstagsabgeordnete Ludwig Frank für die Schweizer „Verständigungskonferenzen“ und gegen den Kriegsausbruch eingesetzt, sich aber bei Beginn der Kampfhandlungen direkt aus dem Reichstag freiwillig an die Front gemeldet, wo er bereits am 3. September 1914 den Tod fand - als einer von nur zwei Reichstagsmitgliedern, die im Ersten Weltkrieg fielen. Vielleicht ein für die ganze SPD in dieser schweren und dramatischen Zeit bezeichnendes und symbolträchtiges Schicksal.

In den schweren Zeiten des wilhelminischen Reiches waren die Sozialdemokraten Schritt für Schritt gewachsen und erfolgreicher geworden, ohne dass ihnen wirkliche politische Gestaltungsrechte übertragen wurden. Am Ende des verlorenen Weltkriegs, mit all seinen Verlusten und Zerstörungen im Gepäck und dem Versailler Diktatfrieden im Nacken, sollen die Sozialdemokraten auf einmal den Kopf hinhalten und übernehmen. Monarchisten, Nationalisten, Revanchisten, die Reichswehr, mit der Dolchstoßlegende schon im Kopf – alle ducken sich weg. Die führenden Figuren der SPD erkennen die Risiken, aber sie sind entschlossen, sich der Verantwortung zu stellen. Der Preis dafür sollte sehr hoch ausfallen.

### **III. Von Weimar zu Verfolgung und Widerstand**

Die SPD ist die einzige Partei, die voll zur Weimarer Republik steht und ihre Verfassung bis zuletzt verteidigt. Aber sie muss dabei einen Zweifrontenkampf führen, gleichzeitig gegen die radikale Linke wie die radikale Rechte. Das überfordert ihre Kräfte, die durch weitere Abspaltungen geschwächt werden. Im November 1918 unternehmen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg einen Neustart des Spartakus-Bundes, der sich die Diktatur des Proletariats zum Ziel setzt, und wirken am 1. Januar 1919 an der Gründung der KPD mit. Die USPD driftet immer weiter nach links ab und verschafft Ende 1920 durch ihre Vereinigung mit den Kommunisten der KPD den Status einer Massenpartei. Aus Frustration über die Kompromissbereitschaft der SPD und die Rolle von altgedienten Kadern in der Partei erfolgt im Herbst 1931 mit der Bildung der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP bzw. SAPD) eine erneute Abspaltung der innerparteilichen Linken.

Am schlimmsten aber wirkt sich aus, dass SPD und KPD sich gegenseitig als Erzrivalen behandeln, statt die linken Kräfte zur Verteidigung der Republik zu bündeln. Je mehr die KPD ab Mitte der 20er Jahre unter die Kontrolle von Komintern und Stalin gerät, desto wütender greift sie die SPD als „Sozialfaschisten“ und als Feind Nr. 1 an. Das rächt sich später, wenn beide Parteien gemeinsam erste Opfer der Nazidiktatur werden.

Eine Zeitlang gelingt es den Sozialdemokraten, mit der Zentrumspartei und der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) sogenannte „Weimarer Koalitionen“ zu bilden – sowohl auf Reichsebene wie, zum Teil sogar länger, in den Ländern Baden und Württemberg. Aber dann sieht sich die SPD immer häufiger mit einer konsequenten Ausgrenzungsstrategie aller konkurrierenden Parteien konfrontiert. Trotz ihrer Stärke an Mitgliedern und Wählern wird die Partei zwischen 1918 und 1933 nur in sieben Jahren Regierungsverantwortung tragen, sonst aber in die Oppositionsrolle gezwungen. Die Feinde der Republik schwächen und isolieren nicht nur die SPD, sondern auch die Gewerkschaften und die Organisationen der Arbeiterbewegung systematisch. 1920 kann der Kapp-Putsch noch durch einen Generalstreik abgewehrt werden. Später wagt aber keiner mehr, diese stärkste Waffe der organisierten Arbeiterschaft einzusetzen, auch nicht bei dem brutalen Putsch gegen die SPD-Regierung in Preußen unter Ministerpräsident

Otto Braun am 20. Juli 1932.

Zu dieser Zeit wird der politische Kampf längst auf den Straßen ausgefochten, zwischen den Schutzorganisationen von SA, Rotfront, Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und anderen. Fast wie im Bürgerkrieg stehen sich zwei „Fronten“ feindselig gegenüber: die „Harzburger Front“ aus NSDAP, Deutschnationalen (DNVP), Stahlhelm und anderen sowie die „Eiserne Front“ aus SPD, Freien Gewerkschaften, der Arbeitersportbewegung und dem Reichsbanner. Es fließt schon genug Blut, das Risiko einer großen Konfrontation will niemand verantworten. Auch diese Entscheidung räumt den Weg für die „Machtergreifung“ von Hitlers NSDAP frei.

Was die internationale Politik angeht, versucht die SPD über die Unterstützung einer Ausgleichspolitik mit den ehemaligen Kriegsgegnern gleichzeitig zu einer Normalisierung der Beziehungen wie zu einer Lockerung des Versailler Korsetts zu gelangen. Deswegen unterstützt sie Stresemanns Locarno-Politik und seine Bemühungen um eine Verständigung mit Frankreich, nachdem die Rapallopolitik von 1922 schon das Verhältnis mit Sowjetrußland auf eine konstruktive Basis gestellt hatte. Die Sozialdemokraten setzen sich auch für Deutschlands Eintritt in den Völkerbund ein und formulieren auf ihrem Heidelberger Parteitag von 1925 ein Plädoyer für einen europäischen Wirtschaftsraum und „für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa, um damit zur Interessen-Solidarität der Völker aller Kontinente zu gelangen“ – ein Plädoyer, das im Nachhinein als weit der Zeit vorsehend, ja als seherisch eingestuft worden ist. Auf diese guten Traditionen eines auf Frieden, Ausgleich und Kooperation zielenden Internationalismus sind spätere Generationen von Sozialdemokraten immer wieder zurück gekommen. In der nationalistischen, auf eine notfalls auch gewaltsame Revision von Versailles fixierten Atmosphäre der Weimarer Republik hatte eine solche Politik keine Chance auf eine mehrheitliche Zustimmung.

1933 kommt das Ende der ersten deutschen Republik. Reichspräsident von Hindenburg ernennt am 30. Januar 1933 Adolf Hitler zum Reichskanzler und löst den Reichstag auf. Zum Zeitpunkt der Neuwahlen vom 5. März 1933 befinden sich schon Tausende von Kommunisten sowie zahlreiche Sozialdemokraten und Gewerkschafter in „Schutzhaft“, darunter alle badischen Landtags- und Reichstagsabgeordneten. Den Vorwand dafür lieferte ein Zwischenfall in Freiburg, bei dem der SPD-Landtagsabgeordnete Christian Daniel Nußbaum in einer vermeintlichen Notwehrsituation zwei Polizisten durch seine geschlossene Wohnungstür erschossen hatte.

Und dann kommt der 23. März 1933, der vielleicht schwärzeste Tag der deutschen Geschichte, an dem der Reichstag in Berlin Hitlers Ermächtigungsgesetz beschließt. Alle Parteien mit insgesamt 444 Abgeordneten stimmen zu, nur die SPD-Fraktion mit ihren 94 noch nicht verhafteten Mitgliedern votiert geschlossen mit Nein. Nach einem furchtbaren Spießrutenlaufen vom brandgeschädigten Reichstag durch die Reihen der NS-Schergen hin zur Kroll-Oper hält der Fraktionsvorsitzende Otto Wels seine berühmte Rede mit den unvergesslichen Worten „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht!“ Das war ein mutiges Wort, und ein prophetisches. Sehr vielen wurde die Freiheit genommen, und sehr vielen auch das Leben.

Als Hitlers Ermächtigungsgesetz beschlossen wurde, waren die badischen SPD-Reichstagsabgeordneten Ludwig Marum aus Karlsruhe und Stefan Meier aus Freiburg, die später im KZ umkommen werden, bereits verhaftet. Der Mannheimer Ernst Roth hatte sich ins Saarland flüchten können. In der Kroll-Oper nahmen die württembergischen Abgeordneten Erich Roßmann (der berühmte Tagwacht-Redakteur), Kurt Schumacher, Fritz Ulrich und Jakob Weimer noch teil. Aber sehr rasch beginnt auch für sie der Leidensweg, mit einer Verbringung in das neu errichtete Konzentrationslager auf dem Heuberg beginnend. Schumacher, Ulrich und Rossmann erleben dort ihre erste Station, auch Karl Ruggaber, der Vorsitzende des württembergischen Reichsbanners, der schon 1936 den in den Lagern erlittenen Quälereien erliegt, während Jakob Weimer im November 1944 an den Spätfolgen der Gestapo-Quälereien sterben muss.

Das sind nur einige ausgewählte Namen. Viele könnte man hinzufügen. Neben dem Stuttgarter

Jakob Weimer bezahlt ein weiterer Sozialdemokrat aus dem Südwesten für seine Beteiligung am Widerstand des 20. Juli mit seinem Leben: An das Wirken von Julius Leber, der im elsässischen Biesheim auf die Welt kam und in Breisach zur Schule ging, wird noch heute alljährlich grenzüberschreitend im Dreiländereck erinnert. Sein lakonischer letzter Gruß beeindruckt bis heute: „Für eine gute und gerechte Sache ist der Einsatz des Lebens der angemessene Preis“. Ansonsten konzentriert sich der sozialdemokratische Widerstand auf die heimliche Aufrechterhaltung der persönlichen Verbindungen nach dem Verbot der Partei am 22. Juni 1933 und auf die Verbreitung illegalen Schriftguts. Die Verfolgung bleibt aber nicht wirkungslos. 1936 erklärt die Gestapo den sozialdemokratischen Widerstand in Baden und Württemberg für beendet. Viele Parteimitglieder weichen ins Ausland aus, gehen ins Exil, um von dort aus weiter aktiv gegen die Naziherrschaft zu kämpfen. Der Badener Georg Reinbold erwirbt sich als Grenzsekretär der „Sopade“ (so nennt sich die Exil-SPD) mit seinem sieben Jahre andauernden Einsatz aus Frankreich, dem Saarland und Luxemburg viel Anerkennung, ebenso wie der Stuttgarter Erwin Schoettle, der sechs Jahre lang das Grenzsekretariat in St. Gallen leitet.

Die SPD ist mit Recht stolz auf das einmütige Nein zum Ermächtigungsgesetz und auf die mutige Rede ihres Parteivorsitzenden Otto Wels am 23. März 1933. Der SPD-Fraktionssaal im Reichstagsgebäude in Berlin trägt aus gutem Grund seinen Namen. Die SPD widmet sich immer wieder der Frage, wie es zu dem tragischen Untergang der ersten deutschen Republik von Weimar kommen konnte. Und sie gedenkt voller Respekt und Anerkennung der ungezählten Sozialdemokraten, die sich gegen die Naziherrschaft gewehrt haben, die verfolgt, verhaftet, gequält und umgebracht wurden, die in den Untergrund gegangen sind oder ins Exil fliehen mussten. Keine Darstellung der Lebensgeschichte der SPD zu ihrem 150. Ehrentag kommt an diesem Kapitel Verfolgung und Widerstand vorbei, und wir südwestdeutschen Sozialdemokraten stellen fest, dass sich viele unserer Vorgänger aus Baden und Württemberg in die Annalen dieser düsteren Zeit eingeschrieben haben.

Aber wir wissen auch, dass wir in unserer eigenen Erinnerungskultur neue Anstrengungen machen müssen. Unerbittlich läuft die Zeit aus, wo die jüngere Generation noch aus dem Mund von Zeitzeugen direkt von dem, was war, erfahren kann. Die Geschichte von deutscher Schuld und deutschem Versagen im 20. Jahrhundert ist eine Geschichte, die nicht vergeht und nie vergehen darf. Aber neue Generationen an eine lebendige und engagierte Beschäftigung mit dieser Zeit heranzuführen, das ist und bleibt eine große Herausforderung und Aufgabe - sich dem in besonderer Weise zu widmen, würde der SPD gut anstehen.

#### **IV. Nach 1945: Zum Wiederaufbau beitragen**

Am Ende des Zweiten Weltkriegs und nach der Befreiung von der Naziherrschaft war Deutschland nicht nur ein zerstörtes, sondern auch ein aus der europäischen Völkerfamilie zunächst ausgeschlossen Land. „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“ – was konnte dieser Schwur für ein Land wie Deutschland bedeuten, das gleich zweimal in einem Jahrhundert Tod und Verwüstung über ganz Europa gebracht hatte? Zunächst einmal vier Besatzungszonen, alliierte Kontrolle, Entnazifizierung, Reparationen, Demilitarisierung und erste vorsichtige Schritte in einen demokratischen Neuanfang.

Nach ihrem Leidensweg im Dritten Reich glaubten die Sozialdemokraten, die zuhause oder im Exil überlebt hatten, einen moralischen Anspruch auf eine politische Führungsrolle beim Neubeginn geltend machen zu können. Umso größer war die Enttäuschung, als sich dieser Anspruch nicht verwirklichen ließ. Der Kampf um die nackte Existenz stand bei den meisten Menschen im Vordergrund, viele hatten als Reaktion auf das Ende des Dritten Reiches erst einmal genug von der Politik, und man zog sich ins Private zurück. Bei den ersten Bundestagswahlen lag die CDU vor der SPD und stellte mit Konrad Adenauer den ersten Bundeskanzler der jungen Republik.

Adenauer sah in einer konsequenten Westintegration die Chance, Deutschland aus der Isolierung heraus und in die europäische Völkerfamilie zurück zu führen. Der heraufziehende Kalte Krieg kam da gelegen: Der Westen entwickelte ein wachsendes Interesse daran, die langsam wieder zu Kräften kommende Bundesrepublik an sich zu binden und damit die westliche Allianz gegenüber der Sowjetunion zu stärken. Der deutsche Bundeskanzler nutzte ohne zu zögern die Gelegenheit und nahm bewusst das Risiko auf sich, die Teilung zu betonieren und das Ziel einer Wiedervereinigung in weite Ferne zu rücken.

Die SPD Kurt Schumachers kritisierte diese Politik, wollte von einseitiger Westintegration und Wiederbewaffnung nichts wissen und setzte das Ziel der Überwindung der Teilung an die vorderste Stelle, konnte für diese Prioritätenumkehr aber keine Mehrheiten gewinnen. Schumacher verpflichtete die SPD auf einen strikt antikommunistischen Kurs, konnte damit aber nicht verhindern, dass bei Wahlkämpfen die CDU die Sozialdemokraten immer wieder als moskauhörig diffamierte („Alle Wege führen nach Moskau“-Plakate).

Im Südwesten, fernab von Berlin, wo die KPD 1946 in der sowjetisch besetzten Zone mit der Zwangsvereinigung zur SED die SPD als politische Kraft ausschaltet, gab es da ein interessantes Zwischenspiel. Die südbadischen Sozialdemokraten unter ihrem Vorsitzenden Philipp Martzloff wollten, der Autorität Schumachers trotzend, die Tür zu einem Zusammengehen mit den Kommunisten offen halten. Zwischen Februar und November 1946 drückt sich dieser Kurs im Namen der wiedergegründeten Partei aus, aber dann wird aus der „Sozialistischen Partei Badens“ eine ganz normale „SPD Baden“, die der KPD keinerlei Avancen mehr macht.

Ansonsten beschäftigt man sich mit der Frage der Bildung eines Südweststaates. Die Siegermächte USA und Frankreich hatten aus den beiden Ländern Baden und Württemberg drei gemacht: Württemberg-Baden mit Stuttgart als Hauptstadt unter amerikanischer Verwaltung, Baden mit Freiburg sowie Württemberg-Hohenzollern mit Tübingen als Hautstädte in der französischen Zone. Die SPD war schon in der Weimarer Zeit für einen gemeinsamen Südweststaat eingetreten und nimmt jetzt diesen Faden wieder auf. Ende 1951 entscheidet eine Volksabstimmung gegen die Position der CDU Südbadens knapp zugunsten einer Zusammenführung der drei Teilgebiete zum Land Baden-Württemberg, dessen Gründung im April 1952 gefeiert wird. Bereits zwei Monate später schließen sich die drei entsprechenden SPD-Bezirke zu einem einheitlichen „Parteibezirk“ zusammen, für den ab 1962 der Begriff Landespartei benutzt wird. In der Frage war die CDU hoffnungslos zerstritten, was sich auch darin ausdrückt, dass sie noch bis zum Januar 1971 (!) braucht, um ebenfalls einen baden-württembergischen Landesverband zu gründen. Man kann insofern mit Fug und Recht behaupten, dass die SPD die eigentliche Baden-Württemberg-Partei ist und das Entstehen des Südweststaats von seiner Geburt an maßgeblich unterstützte.

Leider hat sich das nicht automatisch in Wahlerfolgen niedergeschlagen. Wir finden zwar die SPD vor der Gründung von Baden-Württemberg in den drei Teilländern mehrfach in Allparteienregierungen eingebunden, und das gilt auch für die ersten acht Jahre des Südweststaats zwischen 1952 bis 1960. Nach einer sechsjährigen Pause wird die SPD zwischen 1966 und 1972 zum Juniorpartner einer großen Koalition, dann folgt aber eine halbe Ewigkeit, nämlich 20 Jahre, in der undankbaren Oppositionsrolle, bis die Sozialdemokraten von 1992 bis 1996 in der zweiten Großen Koalition erneut mitregieren können. 15 Jahre später, exakt am 12. Mai 2011, beginnt für die Südwest-SPD dann wieder eine Mit-Regierungsverantwortung in der Grün-Roten-Koalition mit Winfried Kretschmann als Ministerpräsident (Grüne) und dem Sozialdemokraten Nils Schmid als Vizepremier. In der Bilanz bedeutet das Ministerposten in insgesamt nur 18 von 61 Jahren – aber in keinem Fall stellen die Sozialdemokraten den Regierungschef.

Selbst die sporadische Regierungsbeteiligung blieb nicht immer unumstritten. Als die SPD 1968, nach zwei Jahren Große Koalition bei den Landtagswahlen 8 Prozent an Stimmen verliert, fordert die Parteibasis auf einer Landesdelegiertenkonferenz die Beendigung der Zusammenarbeit mit der



CDU. Weil der Treffpunkt im badischen Kehl lag, wird man später vom legendären „Rotkehlchen-Parteitag“ sprechen. Legendär wurde er, weil die Partei- und Fraktionsführung mit Walter Krause und Walter Hirrlinger das Votum der Basis beiseiteschiebt und die Große Koalition fortsetzt. Die Sprecher des Widerstands bleiben beisammen und bilden den sogenannten „Tübinger Kreis“, aus dessen eher jugendlichen Reihen später viele einflussreiche Funktions- und Mandatsträger der Südwest-SPD hervorgehen, wenn man etwa an Namen wie Herta Däubler-Gmelin, Horst Ehmke, Volker Hauff, Gunter Huonker, Harald B. Schäfer, Peter Conradi oder Rolf Böhme denkt.

Der Innenminister und Stellvertretende Ministerpräsident (1966-1972) Walter Krause wird dann in den Jahren 1971 bis 1975 – die SPD ist da bereits wieder in der Opposition - mit dem Regionalverbandsgesetz, der Kreisreform und der Gemeindereform Baden-Württemberg eine neue Gliederung und ein neues Gesicht geben. Seitdem hat der Südweststaat neun Stadt- und 35 Landkreise, vier Regierungsbezirke und nur noch 1110 statt vorher 3379 selbständige Gemeinden. Zurecht erhielt Krause dafür den Ehrentitel „Architekt Baden-Württembergs“ und mehr als einen Eintrag ins Geschichtsbuch des Landes. Eine spürbare Anerkennung der Wählerinnen und Wähler blieb aber auch hier aus.

Im eigenen Land tut sich die SPD also schwer, über Wahlergebnisse Aufträge zur politischen Gestaltung zu gewinnen. Aber was die Bundespolitik angeht, exportiert sie erfolgreich Einflussmöglichkeiten – über Personen! Als erstes ist dabei der auch philosophisch gebildete Verfassungsjurist Carlo Schmid zu nennen. Er wirkt an der Formulierung des Grundgesetzes mit, sowohl im Konvent von Herrenchiemsee wie im Parlamentarischen Rat, er setzt die Abschaffung der Todesstrafe durch, er bringt das konstruktive Misstrauensvotum sowie den umfassenden Grundrechtekatalog in die Verfassung. Ein anderer wird durchaus respektvoll „Genosse Generaldirektor“ genannt: Alex Möller, langjähriger Landtagsabgeordneter und Fraktionsvorsitzender, der 1961 in die Bundespolitik wechselt und von 1969 bis 1971 in der sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt als kompetenter Finanzminister dient. Oder Fritz Erler, der seit 1949 dem Bundestag angehört und sich dort einen Namen als redegewandter Außen- und Verteidigungspolitiker macht, bevor er 1964 für zwei Jahre den Vorsitz der SPD-Bundestagsfraktion übernimmt. Alle drei zeigen sich tief davon überzeugt, dass die SPD den Schritt von einer traditionsbehafteten Arbeiterpartei zu einer modernen Volkspartei gehen muss, und prägen maßgeblich die innerparteiliche Debatte, die schließlich zur Neuausrichtung über das Godesberger Grundsatzprogramm von 1959 führen wird.

## **V. Stark im Programm**

Wenn man heute an Jubiläumsveranstaltungen der SPD teilnimmt, werden häufig Ehrenurkunden für 40 Jahre Parteimitgliedschaft verliehen. Die Geehrten sind um 1972 in die SPD eingetreten, die meisten wegen Willy Brandt. Sie wollten die Person, aber auch sein Werk unterstützen. Der ehemalige Regierende Bürgermeister von Berlin hatte die SPD 1966 aus der langen Durststrecke der Opposition herausgeführt, in die Große Koalition mit der CDU von Kurt Georg Kiesinger. Als Außenminister und ab 1969 als Bundeskanzler entwickelte er zusammen mit Egon Bahr die Ost- und Entspannungspolitik, als Politik der kleinen Schritte, nach dem vielzitierten Prinzip des „Wandels durch Annäherung“.

Adenauer hatte das Vertrauen des Westens gewonnen. Willy Brandt baute über die Normalisierung des Verhältnisses mit Polen und der Sowjetunion hinaus ein nachhaltiges Vertrauensverhältnis zu Moskau und Warschau auf. Und das nicht nur über die Ostverträge, sondern auch über mutiges symbolisches Handeln. Unvergessen Brandts Kniefall am 7. Dezember 1970 am Ehrenmal der Helden des Ghettos in Warschau. Dieses Bild, längst Bestandteil der Geschichtsbücher, legte viele mentale Barrieren nieder, die einen echten Aussöhnungsprozess mit den ehemaligen Kriegsgegnern im Osten immer wieder aufhielten.

Als Willy Brandt am 10. Dezember 1971 in Oslo den Friedensnobelpreis entgegennimmt, fasste er in schlichten Worten seine Arbeit zusammen: „Abbau der Spannungen, Zusammenarbeit der Völker, Reduzierung der Truppen und Kontrolle der Rüstungen, Partnerschaft mit den bisher Benachteiligten, gemeinsamer Schutz gegen die Gefahren des Untergangs – das muss möglich sein, daran müssen wir arbeiten.“ Viele vor allem junge Menschen haben diese Politik unterstützt. In den Bundestagswahlkampf 1972, dem einzigen in der Geschichte der Bundesrepublik, der fast ausschließlich über außen- und friedenspolitische Themen entschieden wurde, startete Willy Brandt aus der Minderheitsposition, gegen alle Umfragen, mit vollem Risiko. Die „Willy-Wahlen“ vom 19. November 1972 wurden mit einem Stimmenergebnis von 45,8 Prozent zum größten Erfolg der SPD aller Zeiten. Das bedeutete zum Beispiel 28 SPD-Abgeordnete aus Baden-Württemberg in Bonn, eine Rekordzahl bis heute.

Aber noch wichtiger als der Erfolg in Prozenten war das politische Signal: Politik machen heißt zu versuchen, aus Überzeugung und im Meinungskampf für eine Minderheitsposition eine Mehrheit zu gewinnen. Dieses Signal, auf immer mit dem Namen Willy Brandt verbunden, ist bis heute das beste Medikament gegen eine Politikverdrossenheit geblieben, bei der sich die Menschen von einem politischen Betrieb des Schielens auf Umfragen und Trends und der permanenten Anpassung an des Mehrheitsfähige enttäuscht abwenden.

Auch für die weitere deutsche Geschichte entfaltete die Ost- und Entspannungspolitik von Willy Brandt und Egon Bahr, 1974 von Helmut Schmidt als Bundeskanzler konsequent fortgesetzt, langfristige Wirkungen. Willy Brandt hat es noch miterlebt, dass in den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen alle vier Siegermächte 45 Jahre nach Kriegsende ihr Ja zur Wiedervereinigung und damit zur Entstehung eines noch mächtigeren und größeren deutschen Staates in der Mitte Europas zuließen. Das notwendige Vertrauen des Westens erwuchs dabei aus Deutschlands Einbindung und Einordnung in die Europäische Union und in die westliche Allianz. Für Präsident Gorbatschow war dagegen die Gültigkeit der Ostverträge und die Kontinuität der von Willy Brandt begonnenen, aber auch von Bundeskanzler Helmut Kohl nie infrage gestellten Entspannungspolitik von ausschlaggebender Bedeutung. Was sich in den 50er Jahren noch unversöhnlich gegenüberstand – Westintegration oder Wiedervereinigung – hatte sich am Ende eines langen Entwicklungsbogens unter Einschluss von Willy Brandts Ostpolitik als doch kompatibel erwiesen. Jetzt konnte zusammenwachsen, was zusammen gehört.

Es gibt eine Brücke von dieser bundespolitischen Szenerie zur SPD im Südwesten. In Willy Brandts Team arbeitete seit 1968 der Ulmer Lehrer Erhard Eppler als Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Schon 1973 hatte er aus der Hand von Heinz Bühringer den Vorsitz der Landespartei übernommen. Nach Willy Brandts Rücktritt 1974 will der BMZ-Chef Eppler eine drastische Reduzierung seines Etats nicht akzeptieren, verlässt das Kabinett von Brandt-Nachfolger Helmut Schmidt in Richtung Stuttgart und widmet sich seitdem vorrangig der Landespolitik.

In diesen Jahren wächst in der Zivilgesellschaft eine starke Friedens- und Umweltbewegung heran. Bürgerinitiativen begehren gegen industrielle Großprojekte auf und versuchen sich mit außerparlamentarischen Aktionen durchzusetzen. Eine exemplarische Auseinandersetzung findet am Kaiserstuhl bei Freiburg statt, wo in grenzüberschreitender Zusammenarbeit die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen im Ringen um das geplante Atomkraftwerk Wyhl schließlich als Sieger vom (besetzten Bau-)Platz gehen. Die Debatte um die Nutzung der Atomkraft erreicht auch die etablierten Parteien. Erhard Eppler nimmt sie aktiv auf und macht die Südwest-SPD zur Speerspitze einer wachstumskritischen, auf nachhaltige Entwicklung setzenden Politik, die bereits 1975 Podien für eine kritische Auseinandersetzung mit der Atomkraftnutzung zur Verfügung stellt und im Juli 1979 auf dem Landesparteitag von Fellbach den ersten deutschen Parteibeschluss zum Ausstieg aus der Kernenergie fällt.

Wohlbemerkt Juli 1979: das heißt vor der Geburtsstunde der Grünen am 13. Januar 1980 in

Karlsruhe, die dann bereits im März desselben Jahres in den Stuttgarter Landtag einzieht. Erhard Eppler führt die Landes-SPD tatsächlich in eine programmatische Avantgarde-Position, die natürlich das Ziel hat, in der Bundespartei Mehrheiten für die eigenen Beschlüsse zu erreichen. Das wird ein langer und zäher Kampf, mit vielen Auftritten baden-württembergischer Sozialdemokraten auf Bundesparteitagen. Auf den innerparteilichen Durchbruch müssen die Eppler-Anhänger aber noch bis August 1986 warten. Dann erst folgt der Nürnberger SPD-Bundesparteitag, auch unter dem Eindruck der Katastrophe von Tschernobyl vom 26. April des Jahres, mit einem verbindlichen Ausstiegsbeschluss für die ganze SPD.

Zu diesem Zeitpunkt ist Erhard Eppler schon seit fünf Jahren nicht mehr Landesvorsitzender. Die Wählerinnen und Wähler honorierten nicht das programmatische Vorwärtstreiben der Südwest-SPD, zumal ihnen natürlich das Spannungsfeld zu den Positionen der Bundespartei nicht verborgen blieb. Ein Spötter aus den eigenen Reihen hat das mal auf die Formel gebracht „Mit Helmut Schmidt und Erhard Eppler für und gegen Atomkraftwerke.“ Stark im Programm reichte nicht, wenn dieses eine Minderheitsposition innerhalb der gesamten SPD blieb.

Dabei fehlt es nicht an Anstrengungen, die eigenen Überzeugungen in praktische Politik umzusetzen. Das versuchte während der zweiten Großen Koalition zwischen 1992 und 1996 etwa der populäre Umweltminister Harald B. Schäfer durch Regierungshandeln, der vorher 20 Jahre Bundestagserfahrung gesammelt hatte und von dem wir uns im Januar 2013 leider verabschieden mussten. Weit über Deutschland hinaus wahrgenommen wurde die Arbeit des Waiblinger Bundestagsabgeordneten Hermann Scheer, der vor allem auf den außerparlamentarischen Kampf für die Energiewende setzte. Seine Initiativen sind ökologische Meilensteine geworden: die Gründung von „Eurosolar“, das Stromeinspeisungsgesetz von 1990, das 100 000-Dächer Programm, das Erneuerbare-Energien-Gesetz vom Jahr 2000 und IRENA, die führende internationale Agentur für erneuerbare Energien – überall war Hermann Scheer an führender Stelle dabei. Unter seinen zahlreichen Auszeichnungen ragt der Alternative Nobelpreis von 1999 heraus. Leider verstarb der redogewandte und mitreißende „Sonnenkönig“, wie ihn seine Freunde nannten, der auch zahlreiche Bücher zum solaren Zeitalter hinterließ, schon 2010 in seinem 66. Lebensjahr.

Auf Bundesebene wurden neue Mehrheiten gebraucht, um all das, was da an Ideen und Plänen aus Baden-Württemberg angeliefert wurde, in praktische Politik umzusetzen. 1998 war es soweit: Die neue rot-grüne Bundesregierung mit Gerhard Schröder als Bundeskanzler und Joschka Fischer als Außenminister und Vizekanzler konnte ans Werk gehen. Ausstieg und Einstieg bekamen jetzt parallel Verbindlichkeit: mit dem Atomkonsens und dem Erneuerbare-Energien-Gesetz. Ohne den Vorlauf in der Südwest-SPD wäre diese Energiewende, für deren Bestand wir allerdings jeden Tag wieder neu kämpfen müssen, wohl kaum zustande gekommen.

Natürlich ist die Südwest-SPD nicht nur programmstark bei den Energie-Wende-Themen, auch wenn sie hier ein Alleinstellungsmerkmal beanspruchen kann. Mit Dieter Spöri, dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Wirtschaftsminister aus der zweiten Großen Koalition, bleibt ein Ansatz verbunden, unter dem Motto „Ja zum neuen Fortschritt!“ die Atom-Ausstiegspläne mit Einstiegsideen in neue Technologien zusammenzuführen. Weitere Beispiele für die Programmstärke der Sozialdemokraten in Baden-Württemberg lassen sich mühelos finden. Manchmal aber tut es einfach nur gut, sich an gute Ergebnisse zu erinnern. Wie das bei der Landtagswahl von 2001, wo die Südwest-SPD mit der erfrischend angriffslustigen Ute Vogt an der Spitze auf mehr als 33 Prozent kam. Und natürlich der historische Politikwechsel in Baden-Württemberg durch die Wahl vom 27. März 2011, bei dem nicht die Prozente im Gedächtnis bleiben, wohl aber die Tatsache, dass die Landes-CDU zum ersten Mal seit 1953 nicht mehr den Ministerpräsidenten stellen kann und in die Opposition gehen muss.

Ich möchte diesen Streifzug durch 150 Jahre SPD im Südwesten abschließen mit dem Schlussabsatz der ausführlichen neuen Geschichtsbroschüre unserer Landespartei unter dem Titel „Avantgarde

und Volkspartei. Die Sozialdemokratie im deutschen Südwesten von ihren Anfängen bis heute.“ Das Zitat lautet: „Das Jahr 2013 führt den Blick zurück in die über 150-jährige stolze Geschichte der SPD. Die südwestdeutsche Sozialdemokratie ist stets ein prägender Teil dieser Geschichte gewesen und hat sich immer wieder bereichernd in die Arbeit auf nationaler und auf europäischer Ebene eingebracht. Wann immer es um Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit und schließlich auch um die Versöhnung von Arbeit und Umwelt ging, haben badische und württembergische Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nachhaltige Beiträge geleistet. Und wann immer sie Regierungsverantwortung trugen, haben sie ihre Verpflichtung gegenüber den unverrückbaren Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ernst genommen und ihr Wirken in den Kontext der großen Traditionslinie vom Vormärz über 1863 bis heute gestellt. Immer und immer wieder waren sie dabei Vordenker und Impulsgeber, und bei alledem haben sie sich nie ins enge Korsett einer Klassenpartei gefügt, sondern stets alle Bevölkerungsschichten anzusprechen versucht ...“ Diese Kontinuität im Wandel über mehr als anderthalb Jahrhunderte hinweg mit einigen Strichen nachzuzeichnen, war Aufgabe dieser Rede zur Geschichte der Südwest-SPD von 1863 bis heute.

*Freiburg/Berlin, 1.3.2013*